

3256/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Wurmitzer und Kollegen haben am 5. November 1997 unter der Nr. 3210/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Finanzierung der Wiener Zeitung aus Steuermitteln gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- „1. Wieviele Inserate hat Ihr Ressort im Zeitraum von 1990 bis 1997 in der Wiener Zeitung geschaltet?
- 2. Wie hoch waren die Gesamtkosten dieser Inseratentätigkeit?
- 3. Wieviele Beilagen zur Wiener Zeitung hat Ihr Ressort von 1990 bis 1997 in Auftrag gegeben?
- 4. Wie hoch waren die Gesamtkosten dieser Beilagen?
- 5. Wieviele Veröffentlichungen im Amtsblatt der Wiener Zeitung wurden von Ihrem Ressort in den Jahren 1990 bis 1997 geschaltet?
- 6. Wie hoch waren die Gesamtkosten dieser Einschaltungen?
- 7. Wieviele Stellen-Ausschreibungen hat Ihr Ressort in der Wiener Zeitung von 1990 bis 1997 veröffentlicht?
- 8. Wie hoch waren die Gesamtkosten dieser Stellen-Ausschreibungen?

9. Wie viele öffentliche Vergaben wurden durch Ihr Ressort in der Wiener Zeitung zwischen 1990 und 1997 ausgeschrieben?
10. Wie hoch waren die Gesamtkosten für diese Ausschreibungen?
11. Welcher Betrag wurde der Wiener Zeitung im Zeitraum von 1990 bis 1997 jährlich an Presseförderung ausbezahlt?
12. Gab es außer den angeführten Einschaltungen noch andere Publikations-tätigkeiten Ihres Ressorts in der Wiener Zeitung zwischen 1990 und 1997?
13. Wenn ja, was war der Gegenstand der jeweiligen Einschaltungen in der Wiener Zeitung?
14. Auf welche Summen beliefen sich diese Einschaltungen im Zeitraum von 1990 bis 1997?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend ist folgendes festzuhalten: Für jeden „Geschäftspartner“ eines Ressorts werden in den Buchhaltungen sogenannte „Personenkonten“, die sich auf physische oder juristische Personen (also Einzelpersonen bzw. Firmen etc.) beziehen, eröffnet. Es müssen daher im gegenständlichen Fall bei einer Personenkontenabfrage zum Begriff „Wiener Zeitung“ alle darauf befindlichen „Bewegungen“ (Buchungen wie Kreditbindungen, Zahlungen, Schulden oder Forderungen etc.) aufgrund der dazugehörigen Belege, die sich in einer gesonderten Ablage befinden, einzeln und händisch gesichtet wie auch geprüft werden, ob es sich bei der jeweiligen Buchung um eine finanzielle Leistung an das Unternehmen „Wiener Zeitung“ handelt, wobei zusätzlich anhand der Einzelbelege zu überprüfen ist, ob es sich bei diesen finanziellen Leistungen etwa um ein Inserat, Beilagen, Stellenausschreibungen, öffentliche Vergaben bzw. Veröffentlichungen etc. handelt.

Da überdies seitens einiger nachgeordneter Dienststellen sehr häufig Veröffentlichungen im Amtsblatt der Wiener Zeitung erfolgen, würde dies für den in der Anfrage genannten Zeitraum einen nicht zu bewältigenden Verwaltungsaufwand nach sich ziehen.—

Es wurde daher die Beantwortung auf das Jahr 1997 und den Bereich der Zentralstellen beschränkt.

Zu den Fragen 1 bis 10 und 12 bis 14:

Im Jahr 1997 wurden bis 30. November neun Stellenausschreibungen veröffentlicht, die Gesamtkosten betragen S 110.378,40.

Weiters wurden fünf öffentliche Ausschreibungen und 22 Veröffentlichungen in Zusammenhang mit Vergabeverfahren in der Wiener Zeitung publiziert; die Kosten betragen S 25.000,- bzw. S 220.000,-.

Für weitere Publikationstätigkeiten (BKA-Panorama) beliefen sich die Kosten auf S 25.690,50; als Kostenanteil für die Formularentwicklung für das Bundesgesetzblatt gelangten S 31.200,- zur Anweisung.

Zu Frage 11:

Im Jahr 1997 wurden im Rahmen der Presseförderung (Allgemeine Presseförderung) S 3.223.777,56 ausbezahlt.